

Datum: 06.02.201
Telefon: 0 233-39976
Telefax: 0 233-39977
Herr Sommer
ernst.sommer@muenchen.de

Kreisverwaltungsreferat
Hauptabteilung III
Straßenverkehr
Verkehrsmanagement
Strategische Konzepte und
Grundsatzangelegenheiten
KVR-III/111

Hier hilft nur noch Technik: Fahrradunfälle mit abbiegenden LKW's vermeiden
Antrag Nr. 08-14/A 2390 von Herrn Stadtrat Dr. Georg Kronawitter vom 15.04.2011
eingegangen am 15.04.2011

I. Herrn Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
CSU-Fraktion, Rathaus

Sehr geehrter Herr Dr. Kronawitter,

aufgrund eines Büroversehens ist Ihr oben genannter Antrag noch nicht erledigt worden. Wir bedauern dies und bitten um Entschuldigung.

Das Kreisverwaltungsreferat als Straßenverkehrsbehörde trifft Maßnahmen auf öffentlichem Verkehrsgrund nach den Bestimmungen der StVO. Der Vollzug der Straßenverkehrsordnung ist eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag nimmt das Kreisverwaltungsreferat inhaltlich wie folgt Stellung:

Die absolute Anzahl der Verkehrsunfälle, bei denen Radfahrer und Fußgänger an Kreuzungen und Einmündungen durch rechtsabbiegende Lkw überrollt werden, ist im Vergleich zu anderen Unfallarten im Stadtgebiet sehr gering. Leider sind aber immer wieder einzelne dieser Unfälle mit meist schwerwiegenden Folgen verbunden.

Die Anforderungen und die Verantwortung für Lkw-Fahrer sind gerade an Kreuzungen und Einmündungen beim Abbiegen besonders groß. Deshalb wird seit Jahren seitens der Automobilindustrie intensiv an technischen Assistenzsystemen gearbeitet.

So konnte z.B. die Fa. MAN innerhalb zweier Forschungsprojekte die Machbarkeit eines Assistenzsystems nachweisen. Eine serienreife Produktion dieses Assistenzsystems wird angestrebt.

Die Technische Universität Berlin wurde von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) im Rahmen eines Forschungsvorhabens beauftragt, die Ursachen für die Verkehrssicherheitsdefizite zwischen rechtsabbiegenden Lkw und geradeausfahrenden Radfahrern zu analysieren. Unter Einbeziehung der hierzu bereits vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse werden in diesem Forschungsprojekt auf Basis einer makro- und mikroskopischen Unfalluntersuchung in ausgewählten Städten Probandenfahrten in einem Lkw-Fahrsimulator zur Erfassung der infrastrukturellen, fahrzeugseitigen und fahrerseitigen Unfallursachen und Lösungsansätze untersucht und daraus Empfehlungen und Maßnahmen zur Entschärfung dieser Konfliktsituation abgeleitet. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, belastbare Aussagen über den Nutzen verschiedener Lösungsansätze und Maßnahmen im Bereich der baulichen und betrieblichen Ausführung von Knotenpunkten und den Sicherheitsgewinn fahrzeugtechnischer Lösungsansätze wie z.B. Spiegel- oder Fahrerassistenzsysteme zu bewerten.

Diese Untersuchungen sollen im Herbst/Winter 2013 abgeschlossen werden.

Auch der ADAC fordert in einer vor kurzem erschienenen Mitteilung die Einführung von wirksamen Systemen. Weiter heißt es in der Mitteilung: „Da die von hohen Kosten und hartem Wettbewerb gebeutelten Käufer von Lkw die Mehrkosten scheuen, verlange der ADAC nunmehr hierzu gesetzgeberische Maßnahmen“.

Zudem gibt es in fast allen Bundesländern Initiativen der Polizei, der Verkehrswacht und weiteren Institutionen, die durch entsprechende Aufklärungsarbeit das Thema in die Öffentlichkeit bringen. So wird durch praktische Versuche mit Lkws veranschaulicht, was der „Tote Winkel“ bedeutet.

Zusammenfassend erscheint nach den bisherigen Erkenntnissen die Einführung von Abbiegeassistenten als die von allen Beteiligten bevorzugte Lösung. Wann mit einer endgültigen Serienreife zu rechnen ist und die evtl. notwendigen gesetzlichen Änderungen das Gesetzgebungsverfahren durchlaufen haben, kann von Seiten des Kreisverwaltungsreferates nicht abgeschätzt werden.

Aufgrund der umfangreichen -bereits existierenden- Initiativen auf allen Ebenen halten wir eine Intensivierung der Maßnahmen durch Herrn Oberbürgermeister nicht für erforderlich.

Ich bitte um Verständnis, dass Ihrem Anliegen aus den dargelegten Gründen nicht entsprochen werden kann und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Blume-Beyerle
Berufsmäßiger Stadtrat